

Gewerkschafter für rote Einheitsfront

Landesleiter der RSD spricht auf Beschluß des Ortsvorstandes in der Mitglieder- versammlung des Lederarbeiterverbandes Johanngeorgenstadt vor 350 Mitgliedern

Die Ortsverwaltung des Lederarbeiterverbandes in Johanngeorgenstadt beschloß in ihrer letzten Sitzung gegen die Stimme des sozialdemokratischen Verbandes die Einberufung einer außerordentlichen Mitglieder-versammlung. In der der Landesleiter der RSD, Gen. Jäkel, über die Auf- fassungen der RSD zur Herbeiführung der roten Einheitsfront gegen die Unternehmerrückfälle sprach.

Die Versammlung, die nunmehr am 9. Mai stattfand, war von 350 Verbandmitgliedern besucht. Auch der Landesleiter des Verbandes, Ebert, war anwesend. Die Ausführungen des Gen. Jäkel wurden mit warmem Beifall aufgenommen. Vergeblich versuchte Ebert, die Mitglieder durch eine persönliche Deke gegen die Forderungen der RSD, gegen die rote Einheitsfront mobil zu machen. Gegen aus drei Stimmen wurde von den Mitglie- dern eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

„Die außerordentliche Mitglieder-versammlung des Leder- arbeiterverbandes in Johanngeorgenstadt begrüßt nach Ent- gegennahme des Referats des Vertreters des Reichsleiters der RSD den Aufruf des Zentralkomitees der RSD und des Reichsleiters der RSD zur Herbeiführung der roten Ein- heitsfront gegen die rückwärtigen Maßnahmen der Unternehmer.

Die Versammlung fordert alle sozialdemokratischen, frei- gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf, mit den kommunisti- schen und RSD-Arbeitern gemeinsam den Kampf zu organi- sieren zur Verteidigung der Existenz der Arbeiterklasse.

„Ich muß Schluß gemacht werden mit dem Lohn- und Unter- hütungsabbau! Schluß mit der Politik des „kleineren Übels“! Wir sind hart genug, die Angriffe der Unternehmer erfolgreich zurückzuschlagen.“

Wir freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter sind mit der RSD eine unüberwindliche Macht.

Unter Kampf gegen den Lohnabbau ist zu gleicher Zeit die beste Waffe gegen den Stützfußismus. Wir machen den Lohn- abbau zur praktischen Verwirklichung der roten Einheitsfront.

Recht in allen Gewerkschafts-versammlungen Stellung! Hört euch die Vertreter der RSD an! Schmeißt die kämpfende Ein- heitsfront! Völlig Streikfähige in den Betrieben auf! Organi- siert den Kampf der Erwerbslosen um Arbeit und Brot! Es lebt der einheitliche Kampf aller Arbeiter für die Befreiung aus Elend und Not!

Die Stellungnahme freigewerkschaftlich organisierter Ar- beiter muß ein Ansporn für alle oppositionellen Kollegen in den

Gewerkschaften sein, auch ihrerseits die größte Initiative für die Herbeiführung der roten Einheitsfront zu entfalten. In allen Ge- werkschafts-versammlungen muß zu dem Einheitsaufruf des ZK der RSD und des Reichsleiters der RSD Stellung genom- men werden, die Kollegen müssen Anträge stellen, die die Ein- berufung außerordentlicher Mitglieder-versammlungen fordern, in denen je ein Vertreter der RSD und der Verbandleitung ihre Auffassungen vor den Mitgliedern darlegen.

Landarbeiterinnen streifen

Das Arbeitsamt Liebenstein (Hüttingen) kommandierte fünf Spinnerarbeiten zum Arbeit auf das Gut Adelwitz bei Torgau. Bei der minderwertigen Kost konnten die vom Aufseher häufig angegriffenen Arbeiterinnen die Arbeit nicht schaffen. Ihre Forderung auf bessere Verpflegung wurde ab- gelehnt. Die Arbeiterinnen legten darauf die Arbeit geschlossen nieder.

Berrat am Baukner Fürsorgestreit

Nazis und ADOB-Bürokratie in einer Front bei der Abwürgung des Streiks

Bauken, 12. Mai. (Fig. Bericht.)

Nach einem Streikbeschluss in einer vom ADOB einberufenen Erwerbslosenversammlung legten am Montag die Fürsorge- arbeiter zu 90 Prozent die Arbeit nieder. Es wurden sofort von den einzelnen Arbeitstellen Streikposten aufgestellt, die die Feststellungen machten, daß besonders SPD-, Gewerkschafts- und Reichsbannerfunktionäre und Mitglieder sowie Nazis zur Arbeit gingen. Der Streik dieser Streikbrecher, die Polizei, war ebenfalls sehr schnell zur Stelle und versuchte die Streik- posten zu vertreiben, die sich aber immer wieder sammelten.

Am Dienstag arbeiteten wiederum nur wenige Fürsorge- arbeiter, die wie oben bereits gekennzeichnet haben. Die Polizei- maßnahmen gegenüber den Streikenden wurden verschärft. Die Baukner Polizei, die durch ein auswärtiges Leberfallkom- mando Verstärkung erhalten hatte, zeigte sich besonders nervös und ging überall, wo sich nur einige wenige Erwerbslose vor

Sowjetunion bringt Brot

Silligung durch Sowjetaufträge verhindert

Die Rührhohl-WG, Abteilung Heinrichshütte, in Bau- tingen an der Ruhr hand vor der Silligung. Nur noch ein kleiner Restteil der ehemals 1500 Mann starken Belegschaft hatte Beschäftigung. Auch diese sollten entlassen werden. Zu- trafen in letzter Minute große Aufträge der Sowjet- union ein. Jetzt haben nicht nur die bisher beschäftigten Ar- beiter das nötige Brot, darüber hinaus ist eine große Anzahl Erwerbslose zu eingestellt worden.

Die größte Baustelle in Berlin beschließt den Streik!

Berlin, 13. Mai. (Fig. Drahtbericht.)

Die 700 Mann starke Belegschaft der Berliner Baugesell- schaft, Baustelle Treibschiffe, hat gestern gegen nur zwei- drittel den Gehalt gestreikt, gegen den Lohnabbau in der Baustelle zu treten. Die Baustelle Treibschiffe ist die größte aller Baustellen in Berlin. Der Streik ist von un- geheurer Bedeutung, als die Belegschaft fast reißlos aus freigewerkschaftlich organisierten Kollegen besteht.

SPD-Gemeindeverordneter zur RPD

In Kleinwaltersdorf ist der sozialdemokratische Gemeinde- verordnete Genosse Konrad Vöhner zur Kommunistischen Partei übergetreten. Genosse Vöhner ist seit 1920 Mitglied der SPD und seit 1920 Mitglied des Holzarbeiterverbandes. Bei seinem Übertritt gab Genosse Vöhner folgende Erklärung ab:

„Die Entwicklung und Politik der SPD sind freien Gewerks- schaftlichen haben wir geteilt, daß es für mich als Massenbewahrer Arbeiter nicht länger möglich ist, Mitglied der SPD zu sein, wenn ich mich nicht selbst mitschuldig machen will an der ver- brecherischen Politik der sozialdemokratischen Führer.“

Das politische und organisatorische Leben der SPD zögern mir, daß es keine Möglichkeit mehr gibt, daß die sozialdemo- kratische Parteiführung sich jemals von der Linie ihrer jetzigen Politik zur Unterwerfung der Bourgeoisie und der Durchföhrung der sozialistischen Politik trennen werden.

„Aus diesem Grunde erkläre ich meinen Eintritt in die Kom- munistische Partei, der einzig wahren antifaschistischen Partei. Ich gelobe, alle meine Kräfte einzusetzen für den Sieg des Proletariats unter Führung der Kommunistischen Partei und für den Sturz der Sowjetunion!“

Meinen Klassenossen im Lager der SPD rufe ich auch an dieser Stelle zu, erkennen den Kurs ihrer Führer, folgt auch ihr meinem Schritt, hinein in die Kommunistische Partei! Konrad Vöhner, Kleinwaltersdorf.“

Der Austritt des Genossen Vöhner aus der SPD hat den Ortsgruppenvorsitzenden der SPD von Kleinwaltersdorf ver- anlaßt, die gemeine Lage zu verdeutlichen, daß der Genosse Vöhner zu den Nazis gegangen wäre. Wir können dazu nur feststellen, daß das nicht auf den Genossen Vöhner, aber auf eine ganze Reihe von gehobenen sozialdemokratischen Funktionären zutrifft, wie das der Volkswärter in Dresden beweist. Es ist die Aufgabe der Kommunisten demgegenüber die SPD-Ar- beiter für die rote Klassenfront zu gewinnen.

Streikrieg in Deutschen Werken

In der Abteilung Schiffbau der Deutschen Werke in Spandau wollte die Direktion den in der Lokiererei beschäftig- ten Frauen geltend einen Lohnabbau von 30 Prozent diktiert. Nachdem Verhandlungen der Arbeiterinnen mit der Direktion gescheitert waren, traten die Frauen geschlossen in den Streik.

Mittags, als sie sich bereits auf dem Rückhauseweg befanden, wurden sie von der Betriebsleitung wieder zurückgerufen und um 12.30 Uhr wurde ihnen mitgeteilt, daß sie die Arbeit zu den alten Lohnbedingungen wieder aufnehmen können.

Heißer Landtag aufgelöst

Darmstadt, 11. Mai. (Fig. Drahtbericht.)

Der heftige Staatsgerichtshof hat auf Einspruch der Wis- schaftspartei die Landtagswahl vom 13. November 1931 für ungültig erklärt, weil vom Landesparlament der Wahlvor- schlag der Wirtschaftspartei nicht zugelassen war. Neuwahlen müssen innerhalb von zwei Monaten statt- finden.

Wettervorauslaae

Zeitweise aufblühende Winde aus Süd bis West. Im all- gemeinen heiter bis mäßig bewölkt. Teillich Nebelbildung. Temperaturverhältnisse wenig geändert. Leichte, vorübergehende Störungen, die gewitterartigen Charakter annehmen können.

„Heldenmut“ der Nazis

Wie ein Duzend Fememörder einen Wehrlosen überfiel

Von einem Augenzeugen des heimtückischen Nazi-Mordfalls im Wandelgang des Reichstages wird folgender Bericht ge- geben:

„Ich sah, wie Klotz in Begleitung von zwei Reichstags- beamten und einigen sozialdemokratischen Abgeordneten zum Wandelgang des Nationalsozialistischen und Deutschnationalen gingen (rechte Seite des Hauses) um die Feststellung der Reue, die im Reichstagsrestaurant geschlagen hatten. Kaum war Klotz hinter dem Wandgang, der den großen Wandelgang zum rechten Wandelgang trennt, fielen mindestens ein Duzend national- sozialistische Abgeordnete über den einzelnen Klotz her. Andere nationalsozialistische Abgeordnete eilten hinzu.“

„Ich sah, wie dieses Duzend Abgeordnete auf Klotz einwirkte, sowohl in das Gesicht, wie mit Faustschlägen vor- und seit- lich. Die nationalsozialistischen Abgeordneten trieben Klotz unter ande- ren Schlägen den ganzen rechten Wandelgang entlang bis zum Voraum beim Präsidenten-Arbeitszimmer. Hier brach Klotz zusammen und stürzte sich zwischen Tür und Wand. In diesem Moment sah ich, wie der Abgeordnete Gregor Strahler Klotz einen besonders schweren Schlag mit der Faust ins Gesicht versetzt. Ich hörte auch, wie ein anderer Abgeordneter der National- sozialisten den Schlagenden zurief: „Nicht mich heranz, ich schlag den Hund tot!“

„Schließlich gelang es Klotz, sich durch die Gewalt zu wä- gen, die dann von einem Reichstagsdiener aufgehalten wurde. daß die nationalsozialistischen Abgeordneten nicht mehr nach- drängen konnten. Klotz blutete aus Nase und Mund.“

„Wir liefen besonders auf, daß einer der beiden Beamten, die mit Klotz um die Feststellung der Täter in den rechten Wandel- gang gingen, ruhig blieb, wie Klotz verprügelt wurde.“

Abschluß der Parteikonferenz Dresdens

Entschiedene Wendung auf Betriebe. Durchführung revolutionärer Einheitsfrontpolitik

Die am Montag abgebrochene Parteiarbeiterkonferenz nahm gestern ihren Fortgang. Genosse Schneider knüpfte an die Diskussion der vergangenen Konferenz an und behandelte die im Zusammenhang mit dem Aufruf des ZK „An alle deutschen Arbeiter“ bei einzelnen Genossen aufgetauchten falschen politi- schen Ansichten und Unklarheiten. In diesem Vortrag, der zur Schaffung der einheitlichen Kampffront aller Arbeiter gegen Lohnabbau und Unterhütungsabbau auffordert, rief vor allen Parteimitgliedern und besonders vor den Betriebsarbeitern die Aufgabe, die Einheitsfront aller Arbeiter, die mit uns gemein- sam gegen die Angriffe der Bourgeoisie kämpfen wollen, zu schließen.

Wenn es Genossen gibt, die sich beharrlich weigern, in den Betrieben und Gewerkschaften die Beschlüsse der Partei in die Tat umzusetzen, so muß mit ihnen ein energisches Wort gesprochen werden. In einer ganzen Reihe von Beispielen zeigte er auf, wie bei schlechter Betriebsarbeit es unmöglich sei, die Mehrheit der Arbeiterklasse zu erobern. Hier gelte es die auf dem Parteiparteitag beschlossene 100prozentige Wendung auf die Betriebsarbeit reif zu machen.

In der Diskussion nahmen die Genossen besonders zu den Schwächen der Betriebsarbeit selbstkritisch Stellung. Unter den SPD- und Gewerkschaftsmitgliedern herrscht ungeheure Em- pörung über die verwerfliche Haltung der Gewerkschaftsbüro- kratie in der Frage des Lohnabbaus. Diese Arbeiter gilt es in breiter unter Einheitsfront für den Kampf zu mobilisieren. Wenn in den Betrieben große Teile der Arbeiterklasse den Lohnabbau ablehnen, dann ist es unsere Aufgabe weitere Schritte zu tun, um zur Auslösung von Kämpfen zu kommen.

„Gelange mir aus in den Betrieben nicht offen für jede Forderung der Arbeiter einzutreten, solange wir uns nicht bei jedem Anlaß führend vor die Belegschaft stellen, wird es uns nicht gelingen, weitere Arbeiterklassen zu erschaffen. Doch werden unsere Genossen in den Betrieben und Gewerkschaften allzuoft vor den Unternehmern und vor der Gewerkschaftsbürokratie zurückbleiben. Damit muß Schluß gemacht werden. Überall müssen die Kommunisten ihrer Aufgabe, Führer der Arbeiter zu sein, nachkommen. Nur so werden die jetzt bestehenden Schwierig- keiten überwunden und in der Organisierung und Auslösung außerparlamentarischer Kämpfe vorwärts marschieren.“

Genosse Schneider schloß im Schlußwort die Ergebnisse der